



Liebe Freunde,

die deutsche Regierung, allen voran der "Kinderbuchautor-Minister" Habeck, der bekanntlich ja die Existenz des deutschen Volkes in Frage stellt, hat mit der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke einen irrwitzigen Schildbürgerstreich sondergleichen produziert.

Durch den verstärkten Einsatz von Kohlekraftwerken haben sich die CO₂-Emissionen stark erhöht. Und durch den Wegfall des selbst produzierten Atomstroms muss Deutschland nun mehr Strom aus dem Ausland importieren. Und das ist - bitte nicht lachen - mehrheitlich Atomstrom. Besonders aus Frankreich, das ja bekanntlich mehrheitlich Strom aus Kernkraft gewinnt.

Derzeitige CO₂-Emissionen (gCO₂eq/kWh) - geschätzt:

Frankreich: 54g gegenüber Deutschland: 485g

(Quelle: electricitymaps.com)

Tja, so geht Grüne Politik!!!

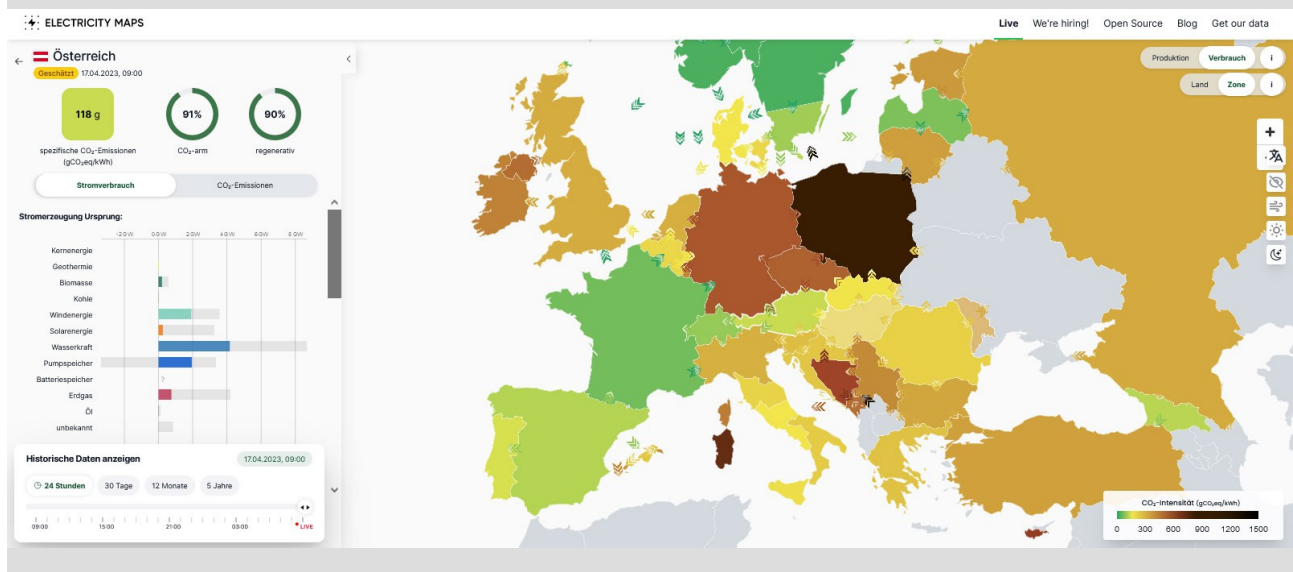


DEUTSCHLANDS ATOMAUSSTIEG

Klimaeinfluss der Regionen

Sortiert nach CO₂-Intensität der verfügbaren Elektrizität (gCO₂äq/kWh)

<https://app.electricitymaps.com/map>



Wie der Bundestag den Atomausstieg unter falschen Prämissen beschloss

Beim Atomausstieg gab es einen parteienübergreifenden Konsens. Politiker, die sich heute dem Ausstieg entgegenstellen, waren damals eifrige Unterstützer. Dabei waren die Prämissen für einen Ausstieg damals wie heute gar nicht gegeben. Ein Augenzeuge erzählt.

Unverhofft rücken heute die Paladine auf den letzten Metern aus, um noch einmal zu betonen, dass sie gegen das Kernkraft-Aus seien. Wahr ist aber auch: angesichts der Tatsache, dass es seit 2017 eine theoretische parlamentarische Mehrheit aus Union, FDP und AfD gibt, die einen Ausstieg aus dem Ausstieg hätte durchsetzen können, wirken solche Bekundungen nicht nur halbherzig, sondern auch als bloße Wahlkampfmanöver, um in der Manier Kaiser Wilhelms II. am Ende verlautbaren zu können: „Ich habe diesen Ausstieg nicht gewollt!“

Dabei gab es vor 12 Jahren einen parteiübergreifenden Konsens. Rückblick: der 30. Juni 2011. Es ist der Tag der Abstimmung zum Atomausstiegsgesetz („Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes“). Union wie FDP hatten sich in den Monaten zuvor geeinigt und innenpolitischen Widerstand erstickt. Auch in den Ländern, wo es durchaus in manchem Landesverband gekracht hatte, brachte man die Parteikollegen auf Linie. Der Bundestag machte da keine Ausnahme. An dem Tag ist das Plenum mit 600 Abgeordneten gut gefüllt.

Bei der Abstimmung gibt es keine Überraschung. 224 Unionsabgeordnete stimmen dem Antrag zu, 5

dagegen; bei der FDP liegt das Verhältnis bei 89:2, bei der SPD bei 139:2, bei den Grünen bei 61:0. Einzig die Fraktion der Linkspartei (70 Abgeordnete) stimmt geschlossen gegen den Entwurf.

Dass die Linke gegen den Gesetzesentwurf stimmt, hängt aber nicht mit einem Abwehrkampf zugunsten der Kernenergie zusammen. Vielmehr möchte die Linkspartei einen eigenen Entwurf durchdrücken, der den Atomausstieg im Grundgesetz festschreibt. Heißt: den Linken geht selbst der Koalitionsvorschlag nicht weit genug. Insofern beläuft sich die Zahl derjenigen, die an diesem Tag für ein Weiterlaufen der Kraftwerke einsetzen, auf 9 Abgeordnete. Es sind:

Marco Bülow (SPD) / Gitta Connemann (Union) / Frank Hofmann (SPD) / Rolf Koschorrek (Union) / Franz Obermeier (Union) / Michael Paul (Union) / Frank Schäffler (FDP) / Rainer Stinner (Union) / Arnold Vaatz (Union)

Weitere 8 Abgeordnete enthalten sich, weitere 20 geben ihre Stimme nicht ab. Damit stimmen 513 Abgeordnete für den Gesetzesentwurf, der die stufenweise Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke bis zum 31. 12. 2022 vorsieht. Dabei dürfen auch die Enthaltungen nicht durchweg als Unentschiedenheit oder leiser Protest verstanden werden. Vorzeigegrüne wie Hans-Christian Ströbele und Monika Lazar dürften damit eher signalisiert haben, dass ihnen der Ausstieg nicht schnell genug voranging. Eher kann man dies noch von den nicht anwesenden Abgeordneten vermuten. Darunter sind auch prominente Namen wie Peter Gauweiler, Michael Glos und Kristina Schröder.

Das sollte aber nicht über die Prominenz aufseiten von CDU/CSU und FDP täuschen, die damals für das Ende der Kernkraft votierten, heute dagegen so tun, als handele es sich um ein grünes Projekt, das man im letzten Moment aufhalten müsse. Dass Merkel-Vertraute wie Peter Altmaier, Helge Braun, Ursula von der Leyen oder Norbert Röttgen dafür stimmten, dürfte weniger verwundern. Doch zu den Ja-Sagern zählten auch Personen wie Wolfgang Bosbach, Hans-Peter Friedrich, Hermann Gröhe, Philipp Mißfelder und Erika Steinbach, die sonst als Querdenker der eigenen Fraktion galten.

Eine bemerkenswerte Rolle spielt dabei Jens Spahn, der sich in den letzten Wochen als einsamer Streiter zum Weiterbetrieb der Reaktoren inszeniert, aber genau diesen Ausstieg an jenem schicksalhaften Tag mitbeschlossen hat. Ein ähnliches Phänomen zeigt sich bei der FDP, bei der 89 von 93 Abgeordneten für den Ausstieg stimmten. Prominente Namen: Rainer Brüderle, Marco Buschmann, Bijan Djir-Sarai, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Christian Lindner, Guido Westerwelle und Otto Solms.

Arnold Vaatz war damals dabei. Er war einer der fünf Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, die an diesem Tag gegen das Gesetz stimmten. TE fragt ihn nach den Erfahrungen dieses Tages. Fühlte er sich isoliert? Das sei ihm gleichgültig gewesen, er sei es gewohnt, isoliert zu sein – während die anderen mit den grünen Wölfen heulten. „Einige haben uns damals ausgelacht, andere haben uns den Vogel gezeigt!“, ruft er in Erinnerung. Dabei hatte er der Fraktion vorher deutlich erklärt, dass eine solche Entscheidung den Wirtschaftsstandort Deutschland maßgeblich gefährden würde. Einer der Anführer der Anti-Atom-Bewegung innerhalb der Union sei damals Norbert Röttgen gewesen, „Muttis Klügster“.

Und wie war es hinter verschlossener Türe? Da gaben ihm dann einige Recht, so Vaatz. Aber nach außen hin hielt man sich bedeckt. Anlass für die Wende sei keine tiefere Überzeugung gewesen, sondern Merkels Taktiererei vor der Wahl in Baden-Württemberg. Der Ausstieg hatte keine sachliche Grundlage, sondern eine politische. Heute beurteilt Vaatz den Vorgang nicht nur energiepolitisch. Der Ausstieg aus der Atomkraft habe zur Abhängigkeit von russischem Gas geführt. Man habe Moskau damit den Eindruck vermittelt, im Falle eines Konflikts müsse Deutschland schon allein deshalb stillhalten. Die deutsche Energiepolitik habe Russland ermutigt. Der Krieg in der Ukraine sei damit auch eine Folge des deutschen Atomausstiegs.

Blickt man auf den Antrag selbst, wundert man sich noch mehr. Das Gesetz setzte schon damals Prämissen voraus, die es so nie gegeben hat. Zum Beispiel:

„Die Bundesregierung hat unter Einbeziehung der Ergebnisse der Reaktor-Sicherheitskommission und der Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ sowie des absoluten Vorrangs der nuklearen Sicherheit beschlossen, die Nutzung der Kernenergie zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu beenden.

Hierzu sollen die Elektrizitätsmengen nach Anlage 3 Spalte 4 aufgehoben und zusätzlich die Berechtigungen der Kernkraftwerke zum Leistungsbetrieb – im Hinblick auf die Sicherstellung der Versorgungssicherheit, die Einhaltung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele und die Gewährleistung einer preiswürdigen und sozialverträglichen Strompreisentwicklung – auf den noch erforderlichen Zeitraum zeitlich gestaffelt bis zum 31. Dezember 2022 befristet und so ein festes Enddatum für die friedliche Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität in Deutschland eingeführt werden.“

Übersetzt: die Bundesregierung will so schnell wie möglich aus der Kernkraft raus. Interessant ist dabei die Parenthese im zweiten Absatz. Sie nennt Prämissen, die dem jeweiligen Leistungsbetrieb der einzelnen Kernkraftwerke vorausgehen. Diese Prämissen sind: Versorgungssicherheit, die Einhaltung der Klimaschutzziele und eine „preiswürdige und sozialverträgliche Strompreisentwicklung“. Zumindest zwei der drei Prämissen, wenn nicht gar alle drei dürften am heutigen Tag nicht völlig zutreffen. Die Versorgungssicherheit ist angesichts der Problematik der Gasbeschaffung und möglicher neuer Konflikte – etwa auch wirtschaftliche Spannungen mit China als Herkunftsland seltener Erden und Photovoltaikzulieferer – alles andere als gewährleistet.

Dasselbe gilt für die „sozialverträgliche Strompreisentwicklung“. Katrin Göring-Eckardt mag zwar vom festen Glauben beseelt sein, dass der Strom billiger wird, sobald die Kraftwerke erst einmal abgeschaltet sind. Bisher ist jedoch die von Trittin versprochene Kugel Eis etwas teurer als gedacht worden – außer, man legt nicht die absoluten Kosten, sondern den prozentualen Anstieg der Eisverteuerung zugrunde. In dem Fall wäre sogar noch Platz nach oben. Dennoch hielt die Bundesregierung auch dazu im damaligen Gesetzesentwurf fest:

„Es sind moderate Auswirkungen auf die Strompreise und gegebenenfalls auch auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten. Eine genaue Bezifferung ist aufgrund zahlreicher Variablen und nicht vorhersehbarer Entwicklungen nicht möglich.“

Heißt: der Strompreis steigt nur moderat an, aber im Zweifel könnte es auch richtig teuer werden – so genau wusste man das 2011 (angeblich) nicht. Das Atomausstiegsgesetz von 2011 ist damit ein historisches Dokument. Es belegt in hervorragender Weise, dass Taschenspielertricks bei Gesetzesentwürfen keine Entwicklungen der letzten Jahre sind, und sich die Welt schon damals an ideologischen Vorgaben messen lassen musste. Man könnte auch schlicht von einem Betrug sprechen.

Der Umstand, dass der Gesetzestext in keiner Weise einen Passus dazu enthält, wie teuer denn nun „moderat“ ist oder auf welche Art und Weise gewährleistet wird, dass die Strompreisentwicklung auch tatsächlich „sozialverträglich“ bleibt, ist bezeichnend. Die Koalition behauptet, dass die Abschaltung der Kraftwerke keinen großen Effekt hat, hält sich aber die Hintertüre offen, dass man dafür nicht belangt werden kann, wenn es doch schiefgeht, weil man „aufgrund zahlreicher Variablen“ mit einer unvorhersehbaren Entwicklung rechnen muss.

In jedem anderen Fall würde man bei dieser Voraussage von Murphys Gesetz es tunlichst unterlassen, eine solche Vorlage durch den Bundestag zu schicken. Doch stattdessen segnen die über 500 Abgeordneten ein Papier ab, das eingesteht, dass man nicht weiß, was aus dieser Entscheidung an Kosten erwachsen könnte. Die Entscheidungsträger haben sehenden Auges in Kauf genommen, dass zugunsten einer von oben verordneten Energiewende ungeahnte Risiken auf den Bürger zukommen werden – und damit eine Politik begründet, die bis in die Regierungszeit der Ampel reicht und von dieser aktuell auf eine neue Ebene gehoben wird.

Bemerkenswert bleibt dabei nicht nur, mit welchen unsachlichen Ansprüchen das Gesetz unterpflastert ist. Denn offenbar scheinen sich weder die Politiker, die damals abstimmten, noch die Politiker, die heute in der Verantwortung sind (wobei es beachtliche Schnittmengen gibt), an die im Einleitungs- und Finanzierungsteil angeführten Voraussetzungen erinnern zu können. Sie sind schlicht nicht gegeben. Würde man die im Gesetz zugrundeliegenden Prämissen wirklich anwenden, hieße das: der Atomausstieg muss verschoben werden. Und zwar nicht nur um ein paar Monate.

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/wie-der-bundestag-den-atomausstieg-unter-falschen-praemissen-beschloss/>

Grüne lassen abgeschaltete AKWs endgültig unbrauchbar machen

Auch ohne abgeschlossenes Rückbau-Genehmigungsverfahren: Grüne Landesministerien lassen abgeschaltete Atomkraftwerke endgültig unbrauchbar machen.

In zwei Ländern mit grün-geführten Landesumweltministerien wurden bereits abgeschaltete Atomkraftwerke derart beschädigt, dass eine Wiederinbetriebnahme, wie sie aktuell etwa von FDP-Politikern gefordert wird, unmöglich ist. In den seit Jahresbeginn 2022 vom Netz genommenen Kernkraftwerken Grohnde (Niedersachsen) und Brokdorf (Schleswig-Holstein) ist die so genannte Primärkreis-Dekontamination „bereits abgeschlossen“, wie das Bundesumweltministerium (BMU) auf Anfrage von „Achtung, Reichelt!“ mitteilte.

Ein Sprecher des Landesumweltministeriums Niedersachsen bestätigte, durch das Verfahren sei „das Rohrsystem des AKW planmäßig zerstört“ worden. Eigentlich wird das Kraftwerk erst dann zurückgebaut, wenn ein entsprechendes Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist. Dieses zieht sich über Jahre und ist in diesen Fällen aber noch nicht abgeschlossen.

Bei der Primärkreis-Dekontamination werden verschiedene Komponenten der Anlage mithilfe von hochaggressiver Säure von radioaktiven Nukliden gereinigt und somit „stark und auf Dauer“ geschädigt, heißt es aus dem Bundesumweltministerium. Nach Durchführung dieses Verfahrens sei „ein Betrieb auch aus sicherheitstechnischer Sicht somit nicht mehr möglich.“ Ein anderes Vorgehen sei gar rechtswidrig, so das Ministerium.

Bei den drei deutschen Atomkraftwerken, die am Samstag vom Netz genommen werden, ist exakt derselbe Vorgang geplant: Dort sollen laut BMU „Maßnahmen zur Anpassung an den dauerhaften Nichtleistungsbetrieb und in Vorbereitung auf die Stilllegung durchgeführt“ werden, also v.a. die beschriebene Primärkreisdekontamination.

Bei den zwei Kraftwerken Emsland und Isar 2, die am Samstag vom Netz gehen, ist die Rückbau-Genehmigung noch nicht erteilt, das Genehmigungsverfahren sei lediglich „weit fortgeschritten“, heißt es aus dem BMU.

<https://www.mmnews.de/politik/197113-gruene-lassen-abgeschaltete-akws-endgueltig-unbrauchbar-machen>

Windkraftausbau und Energiewende: Das Scheitern ist vorprogrammiert

Die Zahlen für den Windenergieausbau im 1. Quartal 2023 sind da und bleiben mager. Netto wurden 55 neue Anlagen mit einer Leistung von etwa 450 Megawatt hinzugebaut. Auf's Jahr hochgerechnet kämen wir also auf etwa 2 Gigawatt an neu installierter Leistung.

Um die planwirtschaftlichen Ziele einhalten zu können, braucht es aber von 2023 bis 2030 pro Tag 5,8 neue Windräder mit 4,2 Megawatt Leistung. Das sind im Jahr also etwa 8,7 Gigawatt (einmal ganz die katastrophalen Kollateralschäden und Nebeneffekte einer solchen großflächigen „Verspargelung“ mit all ihren psychoökologischen Folgen von Lärmkontamination, Naturraumzerstörung oder Bodenversiegelung bis hin zu Vogel- und Insektendezimierung beiseite gelassen).

Dieses Ziel werden wir also wieder einmal „knapp“ verfehlen. Trotzdem wird jeden Tag Politik auf der selbstgefälligen Grundannahme gemacht, als lägen wir beim Ausbau der so genannten „Erneuerbaren Energien“ auch nur ansatzweise im Soll. Einschlägige grünaffine Medien bejubeln diese mageren Resultate allen Ernstes noch als Erfolg; so etwa die „taz“, die von einem „Ende der Flaute“ fabuliert und schreibt: „Von Januar bis Ende März gingen bundesweit 117 neue Windräder mit einer Gesamtleistung von 546 Megawatt in Betrieb. Das waren 17 Prozent mehr als im Vorjahresquartal.“

Irgendwo muss der Strom herkommen

Euphorisch fährt die „taz“ fort: Die Zahl könne sogar noch steigen, da noch bis Ende April Inbetriebnahmen nachgemeldet werden könnten. Auch die Zahl der Genehmigungen für Windräder wuchs demnach deutlich. In den ersten drei Monaten des Jahres seien 295 Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 1,65 Gigawatt neu genehmigt worden. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist das ein Plus von 38 Prozent.“ So kann man es propagandistisch natürlich auch hinbiegen, wenn man meine oben genannten Fakten und Einordnungen ignoriert.

Ich bin nicht traurig, wenn wir die Landschaft nicht mit abertausenden 200 Meter hohen, nicht

grundlastfähigen Industrieanlagen verschandeln, deren Überschüsse wir nicht speichern können. Aber faktisch muss der Strom ja irgendwo herkommen, wenn hier weiter fleißig Kraftwerke abgeschaltet werden. Es bleibt dabei: Die Energiewende wird scheitern, und zwar krachend. Kaum etwas war je so absehbar.

<https://ansage.org/windkraftausbau-und-energiewende-das-scheitern-ist-vorprogrammiert/>

Wie Grüne und Atomkraftgegner mit Lügen und der Angst Politik machen

[Anna Veronika Wendland]

Der deutsche Atomausstieg ist eine Entscheidung wider besseres Wissen - und ein Triumph der Gegenaufklärung. Es gibt also Gründe genug für eine linke Kritik am Atomausstieg.

Mich fragte neulich ein Schweizer Journalist fast ungläubig, wie das passieren habe können, dass einer High-Tech-Industrie ausgerechnet in der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt der Stecker gezogen würde? Der Grund sind drei deutsche Sonderwege im politischen, kulturellen und industriestrukturellen Bereich. Die grüne Gegenmoderne

Erstens haben wir einen gewichtigen Block von Anti-Atom-Parteien der linken Mitte, weil die deutsche Linke im Zuge ihrer Verbürgerlichung die Kernenergie, marxistisch gesprochen die fortschrittlichste Produktivkraft, den Rechten vor die Füße geschmissen hat.

Das wiederum war nur möglich, weil sich, zweitens, ein ökologistischer Denkstil etablieren konnte, den es im deutschen Bürgertum immer gab und den die Bürgerkinder-Revolution von 1968 nicht zerschmettert, sondern verstärkt hat. Die anti-modernen, technik- und industrietritischen, öko-romantischen Denktraditionen des deutschen Bürgertums reichen bis ins gegenrevolutionäre 19. Jahrhundert zurück. Die Grünen sind, anders als es ihre Gegner behaupten, in diesem Sinne keine sozialistische, sondern eine konservative Partei.

Die linken grünen K-Gruppen-Abkömmlinge vom Schlage Trittins, die das Kernkraftwerk als Inkarnation des rheinischen Kapitalismus angriffen, interessierten sich für die Antiatom-Thematik nur insofern, als ihnen das zwar nicht die Arbeiterschaft einbrachte, aber wenigstens die Imitation der Teilhabe an einer Massenbewegung.

Botschaften der Angst

Doch egal, wo sie herkamen, die Grünen teilten einen Satz von nicht hinterfragten Aussagen, die - im Zuge des erfolgreichen Marsches in die diskursbestimmenden Positionen in Schule, Kirche, Medien, Wissenschaft - zunehmend den Diskurs über die Kernenergie beherrschten. Im Zentrum stand die Angstbotschaft: Angst vor der Bedrohung „ganzheitlicher“ Materie-, Lebens- und Sinnzusammenhänge durch die Kernspaltung, Angst vor der zersetzenden, allgegenwärtigen Strahlung; Angst vor dem Krebs; Angst vor der Komplexität der Atomanlagen, deren Verfahren als alchemistisches Zauberlehrlingstum wahrgenommen wurden; Angst vor der Ingenieurs-Hybris als eines Vergehens gegen höhere, natürliche Ordnungen.

Zur Angst gehörte wie eine Zwillingsschwester die Vergottung des Kleinen, Dezentralen und daher angeblich Demokratischen als Selbstzweck, von Demeter-Hof bis Windkraftanlage. Und dazu gehörte auch die Verteufelung des Kernkraftwerks als autoritäre Struktur bei gleichzeitiger Umgehung der Kritik am Kapitalverhältnis, welches der wahre Grund zum Fürchten wäre.

Ein Erfolgsprojekt

Doch die reaktionäre Wurzel der Atomkritik ist letztlich auch das kulturelle Geheimnis des deutschen Atomausstiegs: die von den Grünen zum Parteikern erhobene Antimoderne, die von ihrem progressiven bürger- und genderrechtlichen Trendsetting nicht kompensiert wurde, die war eben anschlussfähig bis tief ins bürgerliche politische Lager, insbesondere dessen christlich geprägten Teil. Das ermöglichte es Angela Merkel 2011, ohne Parteirevolte den technokratisch-unternehmerischen Flügel der Union zu düpiieren und

den Atomausstieg durchzuziehen.

Kurz, die Atomkraft musste nicht gehen, weil sie technisch gescheitert ist, sondern weil sie diskursiv gescheitert ist: weil das Sprechen über sie irgendwann nur noch von Leuten erledigt wurde, die solche oben beschriebenen Gedanken über sie dachten, während unsere Ingenieursklasse dieser Erzählung nichts entgegenzusetzen wusste außer der Botschaft der technischen Perfektion - und der falschen Hoffnung, eine auf Ewigkeit als Kanzlerpartei gebuchte CDU würde schon die schützende Hand über die deutsche Atomwirtschaft halten.

Die verständliche, gewinnende, menschnahe Kommunikation einer progressiven Gegenerzählung, Offenheit und Neugierde gegenüber begründeter Kritik, das hat man leider beim Studium der Kernverfahrenstechnik nicht gelernt.

Die erneuerbar-fossile Energiewende

Es gelang aber nur, die Angstbotschaft in ein Ausstiegsprogramm umsetzen, weil es gelang, die Kernenergie als überflüssig und ersetzbar darzustellen.

Und damit sind wir beim dritten Teil unserer Trias . Angst alleine reicht nicht, um eine Technologie nicht nutzen zu wollen - sonst würden sich sehr viele Leute, die fliegen, nicht in ein Flugzeug setzen. Sie haben zwar Flugangst, wollen aber auch nicht zu Schiff den Atlantik queren. Was eine Technologie kaputtkriegt, ist die Kombination aus einer Angstbotschaft und einer Freudenbotschaft, man hätte eine Alternative, einen viel besseren, sichereren, preiswerteren Ersatz.

Und exakt das konnten Grüne und SPD tun, weil sie tatsächlich einen Ersatz hatten: nämlich neben den euphorisch begrüßten und als unproblematisch wahrgenommenen Erneuerbaren vor allem Kohlekraft und Gas, die ihnen jene Sicherheit verschafften, welche die volatilen Erneuerbaren allein nie hätten garantieren können. Zugute kam ihnen hier die Doppelstruktur der deutschen Elektrizitätswirtschaft, in der neben den nuklearen eben auch die Kohle-Interessen so stark waren, dass Konzerne wie das RWE noch in den 1960ern vom Staat zum Atom-Jagen getragen werden mussten.

Es gab so gesehen also nie eine deutsche Nucléocratie oder eine systemische Abhängigkeit von der Kernenergie wie etwa in Frankreich, ganz abgesehen vom Fehlen eines militärischen Atomprogramms als Motivator.

Die Lebenslüge der Energiewende

Die Idee, man hätte mit guter deutscher Kohle und „sauberer“ deutscher Kohlekraftwerkstechnik als Brückentechnologie der Energiewende eine ungefährliche Alternative zur Kernenergie, war die Lebenslüge der Energiewende, betrachtet man Umwelt- und Opferbilanz der Stromerzeuger im Vergleich.

Doch war diese Idee anschlussfähig an alle Milieus und Akteure, von den Grünen über die Gewerkschaften bis hin zur Union und zur „Ethikkommission“, die nach Fukushima 2011 den schon beschlossenen Merkel-Ausstieg zu legitimieren hatte. Diese Anschlussfähigkeit reicht auch ins Hier und Jetzt bis zu Robert Habeck, der dem RWE lieber die Erlaubnis gibt, die Kohle unter Lützerath abzubaggern, als die Laufzeit des RWE-AKW Emsland zu verlängern. Emsland könnte den Strom-Gegenwert dieser Kohle binnen 16 Monaten produzieren - zur Klimabilanz der Windkraft, versteht sich.

Der Energiewendestaat und seine Konventionen

Dass es so gekommen ist, ist auch Resultat von Sprachregelungen in der Energiedebatte, die von Staat, Medien und Wissenschaft etabliert wurden. Was der Atomstaat, den die Atomgegner immer an die Wand malten, nie geschafft hat, das schafft nun der real existierende Energiewendestaat: die Domestizierung der Kritik in Gestalt der Medien und der Umweltbewegung. Letztere ist zur Legitimationsinstanz der Erneuerbare-Energien-Industrie verkommen, die auch die dreistesten Aushöhlungen von Planungsrecht, Naturschutz und Artenschutz durchwinkt.

In den deutschen Medien gab es lange Jahre keine Aussage über Kernenergie mehr ohne vorgeschaltete Verwerflichkeits-Präambel, keine Visualisierung des Kernkraftwerks ohne daruntergelegte drohende Musik. Kaum ein Artikel über Atomabfälle kommt ohne ein Bild von rostigen, gelben, aber falschen Fässern aus, und keine Woche vergeht ohne einen ÖRR-Blog oder Talk-Auftritt der Ökonomin Claudia Kemfert, die uns predigt, die Atomkraft sei teuer, gefährlich, unflexibel und allenfalls militärisch motiviert. Alle vier Aussagen sind nachweislich falsch . Kritik diffamiert Kemfert als Verschwörung einer übermächtigen Fossilobby. Dieses manichäische Weltbild ist der Tod jeder differenzierten und fairen Debatte.

Aus diesem Grunde sind auch die neuerdings wieder vernehmbaren pro-nuklearen Stimmen in der FDP und CDU/CDU so verdruckt und konzeptlos - weil sie sich gar nicht mehr trauen, mit vernehmlicher, selbstbewusster Stimme über dieses Thema zu sprechen und eine kühne, kraftvolle Klimastrategie für Atomkraft und Erneuerbare vorzulegen.

Die deutsche Atomkraft: ein Sühneopfer

Wir sahen in der zurückliegenden Debatte so gut wie keine Argumente gegen deutsche Kernkraftwerke, die auf den konkreten technischen Gegebenheiten dieser Anlagen gefußt hätten. Es waren vielmehr Erfahrungen aus französischen, sowjetischen oder japanischen Atomanlagen, die auf unsere Anlagen projiziert wurden.

Deutschlands Kernkraftwerke werden in einer Art Sühne-Ritual stellvertretend geopfert: wir geben Brokdorf für Three Mile Island, Neckarwestheim für Tschernobyl und Isar-2 für Fukushima, Emsland für zu warmes Kühlwasser in Frankreich, Grohnde für die russischen Panzer vorm AKW Saporischschja.

Leben ändern? Ohne die Grünen

Hätte man diesen Glauben aufgegeben, dann hätte man sich vielleicht vergegenwärtigt, dass alleine die Abschaffung der sechs letzten AKW klima- und strombilanziell dasselbe bedeutet, als ließe Habeck 15.000 Windräder in die Luft sprengen. Das erkennend, hätte man innehalten und umkehren können. So hätte man sich auch Glaubwürdigkeit und Respekt gerade bei denen zurückholen können, die dem Klimaschutz indifferent und abwartend gegenüberstehen, weil er in ihren Augen unbezahlbar ist .

Doch die Grünen wollten dieses Signal nicht geben. Während sie von allen anderen verlangen, fürs Klima ihr Leben zu verändern, halten sie an ihrem alten Leben fest. Und das wird auf die Dauer nicht gutgehen.

https://www.focus.de/politik/deutschland/gastbeitrag-von-anna-veronika-wendland-wie-gruene-und-atomkraftgegner-mit-luegen-und-der-angst-politik-machen_id_190918680.html

Deutschland wird abgeschaltet

Die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke beweist: Es geht gar nicht um CO2. Es geht darum, die Nation über Energiemangel zugrunde zu richten. Das links-grüne Spektrum hat damit ein wichtiges Etappenziel erreicht.

Eine Nation, die ihre eigene Energieversorgung nicht gewährleisten kann, ist praktisch dem Untergang geweiht. Doch genau daran arbeitet der politisch-mediale Komplex seit mindestens einem Jahrzehnt. Die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke wurde in den Qualitätsmedien kaum thematisiert. Doch die Folgen werden bitter sein. Man wird sie wahrscheinlich nicht sofort spüren, aber irgendwann fordert der Energiemangel seinen Tribut.

Die Abschaltung der Atomkraftwerke macht überdeutlich, dass es gar nicht um CO2 geht. Es geht um die Deindustrialisierung und Abschaltung Deutschlands. Ohne Energie kein Wohlstand.

Um den Irrsinn komplett zu machen, wird derzeit alles auf Elektro umgestellt. Von Wärmepumpen bis zu E-Autos.

Mehr Verbrauch, weniger Stromproduktion: jeder weiß, dass diese Rechnung in die Katastrophe führt. Dies scheint die Politik in Berlin jedoch zu ignorieren. Oder ist es das bewusste Ziel der Politik, die Republik zu zerstören? - Kein Wunder, dass wilde Verschwörungstheorien immer mehr Anhänger finden.

Der Wohlstand einer Nation beruht auf energiehungrigen Mittelstand und Industrie. Wenn die Zufuhr unterbrochen wird, droht Armut und Untergang. Genau dies scheint die Agenda von Rot-Grün und den ihnen angeschlossenen Presseorganen inklusive ARD und ZDF. - Schwacher Trost: Beim Blackout bleibt die Glotze schwarz.

<https://www.mmnews.de/wirtschaft/197179-deutschland-wird-abgeschaltet>

AKW-Aus: Opfergabe an alte grüne Männer



Zitat des Tages: „Die FAZ nennt die Abschaltung {der AKW} eine ‚Opfergabe an alte grüne Männer‘, meint damit (ohne sie zu nennen): Unverbesserliche Ideologen wie Grünen-Fossil Jürgen Trittin.“ (Bild)

„Dennoch steht nun die totale Verspargelung Deutschlands an. Um den Ausfall von Atomkraft und Kohle zu kompensieren, muss die Zahl der Windräder von 30.000 auf 300.000 erhöht werden (...). Zurückbleiben wird am Ende ein völlig verunstaltetes Land, in dem es keine einzige naturbelassene Landschaft mehr gibt.“

<https://www.compact-online.de/akw-aus-opfergabe-an-alte-gruene-maenner/>

Söder will bayerisches AKW in Eigenregie weiter betreiben

Deutschland hat seine Atomkraft-Ära beendet und die letzten Meiler abgeschaltet. Doch der bayerische Ministerpräsident scheint damit nicht einverstanden und fordert eine Änderung des Atomgesetzes.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder möchte nach eigener Darstellung Atomkraftwerke wie den abgeschalteten Meiler Isar 2 in Landesverantwortung weiter betreiben. Vom Bund verlangt er dafür eine Änderung des Atomgesetzes.

„Bayern fordert deshalb vom Bund eine eigene Länderzuständigkeit für den Weiterbetrieb der Kernkraft. Solange die Krise (bei der Energieversorgung infolge des Ukraine-Kriegs) nicht beendet und der Übergang zu den Erneuerbaren nicht gelungen ist, müssen wir bis zum Ende des Jahrzehnts jede Form von Energie nutzen“, sagte er der Bild am Sonntag.

Es kann als ausgeschlossen gelten, dass die Ampel-Koalition darauf eingeht. Denn dann wäre unter anderem die Frage der Endlagerung des in Bayern weiter produzierten Atommülls gesondert zu klären. Bei der bundesweiten Suche nach einem Endlager für den bisher angefallenen Atommüll steht Bayern bereits jetzt auf der Bremse, sobald es um eine Lösung auf dem Gebiet des Freistaats geht.

<https://www.berliner-zeitung.de/news/markus-soeder-will-bayerisches-akw-isar-2-in-eigenregie-weiter-betreiben-li.338505>

Stille auf der Deutschland-Titanic

Atomausstieg: Der schweigsame Untergang der Industrie-Nation

[Vera Lengsfeld]

Deutschland, das auf seine „Vergangenheitsbewältigung“, um die uns angeblich die Welt beneidet (Cem Özdemir), stolz ist, hat aus zwei Diktaturen anscheinend nicht viel gelernt. Anders ist die fast unwidersprochene Zersetzung von Demokratie und Rechtsstaat nicht zu erklären. Nun wird zusätzlich die Axt an die wirtschaftliche Grundlage unseres Landes gelegt. Ein Hochtechnologieland braucht ständig verfügbare, bezahlbare Energie. Außerhalb Deutschlands hat man das längst begriffen und arbeitet mit Hochdruck an der Forschung für die vierte Generation Kernkraftwerke. Die von grüner Ideologie dominierte Regierung Scholz ist eifrig dabei, das Angebot an Energie zu verknappen und zu verteuern.

Die größte Oppositionspartei schweigt weitgehend dazu, weil sie nicht den Willen hat, sich vom Irrweg des Atom- und Kohleausstiegs der langjährigen Vorsitzenden und Kanzlerin Merkel zu verabschieden. Dass die ehemalige bürgerliche Partei, die das Erfolgsmodell Bundesrepublik prägte, das gerade vor aller Augen abgewickelt wird, unter ihrem neuen Vorsitzenden Merz komplett versagt, ist das eine.

Das andere ist das unverständliche Schweigen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu den irrationalen politischen Beschlüssen.

In einem Buch über die Stalinzeit habe ich eine mögliche Erklärung gefunden. Stalins Doktrin, dass ein Viertel der Bevölkerung verhaftet oder erschossen werden muss, um die benötigte Ruhe im Land herzustellen, war so absurd, dass die Menschen das nicht glauben konnten. Die Betroffenen hielten ihre Verhaftung, besonders wenn es sich um Funktionäre und Mitglieder der KPdSU handelte, für einen Irrtum. Sie sagten sich, wenn Stalin das wüsste, würde er sofort intervenieren. Die Poststelle des Kremls floss über von Bittbriefen an das „Väterchen“. Wer das System durchschaute, war im Vorteil. Legendär ist ein Student aus Leningrad, der auf dem Newski-Prospekt festgenommen und in einen Transporter gesteckt wurde. Kurz entschlossen sprang er, als die Tür das nächste Mal geöffnet wurde, aus dem Wagen und rannte davon. Er rechnete damit, dass die Häscher ihm nicht folgen würden, weil es für sie bequemer war, einfach den Nächstbesten zu schnappen. Sie hatten eine Quote zu erfüllen, nicht einen Verbrecher zu stellen.

Es fehlt offenbar der Glaube, dass es ernst ist

Irrational geht es auch heute zu. Deutschland ist noch eine der stärksten Industrienationen der Welt, Hauptfinanzier der EU. Man kann sich einfach nicht vorstellen, dass es wirklich demontiert werden soll. Es ist zu absurd. Also quellen die Postkästen der deutschen Regierungen und Parlamente über von Hinweisen, Brand- und Bittbriefen. Es herrscht immer noch der Glaube, dass die Politiker ihren Kurs ändern, wenn sie nur begriffen, was sie anrichten. Diese Briefe, oder zeitgemäß E-Mails, landen unbeachtet im Papierkorb. Denn es ist nicht so, dass Politiker nicht wüssten, was sie tun. Im Gegenteil: Es wird offen gesagt, dass die Rettung des Klimas nicht ohne Wohlstandsverlust und Umverteilung zu bewerkstelligen sei.

Die Verarmungs- und Enteignungsprogramme sind bereits beschlossen. Die Botschaft ist klar und unmissverständlich, aber es fehlt offenbar der Glaube, dass es ernst ist.

In zwei Tagen werden ohne Grund die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet und damit die sichere Energieversorgung für 10 Millionen Haushalte abgeschafft, ohne dass es Ersatz dafür gäbe. Nun regt sich auf den letzten Metern doch noch Widerspruch, aber der wird keinen Erfolg haben.

Sachsens Ministerpräsident Kretschmer rettet die Ehre seiner Partei: „Die Energiepolitik der Bundesregierung ist kurzfristig, die von der Ampel geplante Abschaltung der Atomkraftwerke grundverkehrt“, sagte er am Dienstag in Dresden. Es könne nicht richtig sein, in der jetzigen Situation das Angebot an Energie ohne Not zu verknappen. Kretschmer fordert auch, dass Kohle und Gas weiterhin genutzt werden sollten. Aber er will ebenfalls den „massiven“ Ausbau der Erneuerbaren, obwohl längst klar ist, dass dieser Irrweg nur den Windkraft- und Solarpöpstern nützt, die Kulturlandschaft zerstört, die Artenvielfalt bedroht und das Netz weiter destabilisiert. Deshalb geht sein Appell ins Leere.

Zu den Gegenstimmen gehört auch der sächsische Handwerkstag. „Das ist eine Entscheidung, die eigentlich nochmals gründlich überdacht werden sollte“, sagte sein Handwerkspräsident Jörg Dittrich. Er stelle sich die Frage, ob es sich Deutschland angesichts der Energiekrise wirklich leisten könne, fortan auf Atomkraft zu

verzichten. Fragen stellen genügt aber längst nicht mehr.

Die neue Atomkraft-Expertin der Grünen Göring-Eckardt erklärt dagegen, im vergangenen Winter hätten die AKWs keine Rolle gespielt. Zehn Millionen Haushalte, die zuverlässig mit Strom versorgt wurden, zählen also nicht. Dann behauptet sie, dass durch den Ausbau der „Erneuerbaren“, der bislang die Strompreise in die gegenwärtige Höhe getrieben hat, die Preise auch wieder sinken sollen. Dabei müssen für mehr Windräder und mehr Solarparks auch mehr Gaskraftwerke gebaut werden, um einspringen zu können, wenn die „Erneuerbaren“ ausfallen. Das wird teuer, denn die Gaskraftwerke sollen mit Frackinggas aus den USA und später aus Namibia gefüttert werden, das über tausende Kilometer zu uns transportiert werden muss.

Auf der Titanic war es nach dem Zusammenprall mit dem Eisberg auch erst einmal ruhig. An Deck wurde mit den Eisbrocken Fußball gespielt zu den Melodien der Bordkapelle.

Nur am Ende ging es plötzlich ganz schnell und es war nichts mehr zu retten.

<https://reitschuster.de/post/stille-auf-der-deutschland-titanic/>

Nobelpreisträger und Klimaforscher fordern Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke

Am Samstag sollen die drei letzten deutschen AKWs vom Netz gehen. 20 Wissenschaftler und weitere Unterstützer haben nun einen Appell an Bundeskanzler Scholz verfasst. Darin fordern sie „im Interesse der Bürger von Deutschland, Europa und der Welt“ den Weiterbetrieb der Anlagen.

Anzeige

Deutsche Umweltvereine fordern die Politik seit Jahren dazu auf, im Klimaschutz den Empfehlungen von Wissenschaftlern zu folgen. Kurz vor dem Vollzug des deutschen Atomausstiegs am Samstag erweist sich der Appell „follow the science“ jedoch als schwere Hypothek.

Denn während etwa der BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland das Aus für die drei letzten deutschen Kernkraftwerke mit „bunten Abschaltfesten“ feiern will, fordern führende Klimawissenschaftler und Spitzenforscher das genaue Gegenteil: den Weiterbetrieb der drei Meiler Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2.

In einem offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) argumentieren 20 Wissenschaftler und weitere Unterstützer, dass die drei Reaktoren mit ihrer Jahresproduktion von zuletzt 32,7 Milliarden Kilowattstunden mehr als zehn Millionen Haushalte in Deutschland mit klimafreundlicher Elektrizität versorgt haben. Damit könnten im Vergleich zur Kohlekraft auch weiterhin bis zu 30 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden.

„Aus diesen Gründen fordern wir Sie im Interesse der Bürger in Deutschland, Europa und der Welt dazu auf, die deutschen Pläne zum Atomausstieg zu überdenken und die noch zur Verfügung stehenden Kernkraftwerke weiterzunutzen“, heißt es in dem offenen Brief: „Die Kernenergie in Deutschland kann klar ersichtlich zur Linderung der Energiekrise und dem Erreichen der deutschen Klimaziele beitragen.“

Zu den Unterzeichnern gehört der Physik-Nobelpreisträger Klaus von Klitzing vom Max-Planck-Institut für Festkörperforschung. Auch der Nobelpreisträger für Physik, Stephen Chu, der im Kabinett von Barack Obama US-Energieminister war, gehört zu den Zeichnern des Appells an Olaf Scholz. „Ihre Führungsposition als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland steht in dieser Frage in besonderer Verantwortung“, heißt es in dem Schreiben.

Insbesondere zahlreiche führende Klimaforscher haben den offenen Brief unterzeichnet, darunter James Hansen vom Goddard Institute for Space Studies und Kerry Emanuel vom Massachusetts Institute of Technology (MIT).

Am Samstag endet in Deutschland eine Ära

Dazu kommen Pushker Kharecha, Klimawissenschaftler an der Columbia University in New York, der Geophysiker Szymon Malinowski aus Warschau und Tom Wigley von der Universität Adelaide in Australien. Vom Institut für Küstenforschung in Geesthacht haben die Professoren Hans von Storch und Eduard Zorita unterzeichnet. Weitere Naturwissenschaftler wie der Physiker André Thess von der Universität Stuttgart und der Leibniz-Preisträger Herbert Roesky von der Universität Göttingen sind dabei, ebenso eine Reihe von Ökonomen und Juristen.

Initiiert wurde der offene Brief vom Verein „Replanet DACH“, einem Zusammenschluss von europäischen Ökomodernisten. Dabei handelt es sich um Umwelt- und Klimaschützer, die vor allem im Einsatz von Technologie und wissenschaftsbasierten Lösungen den besten Ansatz sehen. Technologieverbote und Wohlstandseinbußen halten Ökomodernisten für nicht zielführend.

Mit der Abschaltung der drei letzten deutschen Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland endet in Deutschland am Samstag nach mehr als 60 Jahren die Ära der friedlichen Nutzung der Kernenergie für die Stromerzeugung. Zeitweise hatten 19 Kernkraftwerke zwischen 25 und 30 Prozent des deutschen Strombedarfs gedeckt.

Inzwischen wird der Wegfall der Atomkraftwerke vor allem durch eine stärkere Nutzung von Kohle- und Gaskraftwerken kompensiert. Deutschland hat deshalb nach Polen und Tschechien die höchsten spezifischen CO₂-Emissionen in der Stromproduktion.

Die Bundesregierung will bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energien auf 80 Prozent fast verdoppeln und das schwankende Aufkommen von Wind- und Solarkraft durch den Neubau von rechnerisch etwa 50 Gaskraftwerken der 500-Megawattklasse ausgleichen.

Unter dem Eindruck der durch den russischen Angriffskrieg verstärkten Energiekrise hatten zuletzt zahlreiche Staaten die Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke verlängert. In Frankreich, Großbritannien, Polen, Tschechien und den Niederlanden ist zudem der Bau neuer Kernkraftwerke geplant.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article244777400/Atomausstieg-Nobelpreistraeger-und-Klimaforscher-fordern-Weiterbetrieb-deutscher-AKW.html>

Von „Ökoenergie“ durch Atomkraft zur „unumkehrbaren“ Abschaltung

[Holger Douglas]

Eine in über 120 Jahren von klugen Ingenieuren aufgebaute Versorgung mit preiswertem und verfügbarem Strom wird in wenigen Jahren durch Ideologen zerstört. Und zwar am liebsten „unumkehrbar“: Die Nachfahren sollen es möglichst schwer haben, wieder eine halbwegs funktionierende Energieversorgung aufzubauen.

Nein, einen bundesweiten Blackout wird es nicht geben, wenn am kommenden Samstag die letzten drei Kernkraftwerke Deutschlands abgeschaltet werden sollen. An Samstagen ist der Stromverbrauch sowieso geringer als an Werktagen, wenn die verbliebenen Fabriken noch produzieren. Dies wird das Energiedesaster freundlich kaschieren.

Damit endet nach rund 60 Jahren die Nutzung der Kernkraft für die Produktion von Strom. Vorerst – wenn die Energienöte zu groß werden, dürfte sich das Blatt schnell wieder wenden. Nur ist bereits jetzt nahezu sämtliche kerntechnische Kompetenz aus dem Land verschwunden, in dem Kernspaltung entdeckt und sogar eine nukleare Kreislaufwirtschaft entwickelt wurde. Das künftige energiehungrige Deutschland wird Kernkraftwerke aus dem Ausland kaufen und hierzulande betreiben lassen müssen.

Fast zwei Drittel der Deutschen spricht sich in Umfragen kernkraftfreundlich für einen weiteren Betrieb aus. Sehr spät dämmert das heraufziehende Desaster auch der Wirtschaft. Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer, befürchtet einen Standortnachteil für Deutschland, steigende

Kosten und Probleme bei der Energieversorgung. »Das in Deutschland bislang unbekannte Risiko von Ausfällen oder Einschränkungen der Energieversorgung ist ein Standortnachteil, der in einem Industrieland durch nichts ausgeglichen werden kann«, so Adrian gegenüber der Rheinischen Post. Deshalb würden weite Teile der deutschen Wirtschaft darauf setzen, funktionsfähige Atomkraftwerke bis zu einem Ende der Krise in Betrieb zu lassen.

Auch Bild fragt bang: Wo soll künftig der Strom herkommen? Der derzeitige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hält den sogenannten Ausstieg für »unumkehrbar« – natürlich ist nichts unumkehrbar – und meint, die Versorgungssicherheit in Deutschland sei gewährleistet. Zu den Kernkraftwerken in der Ukraine hat er noch gemeint, »weiterlaufen lassen«, »die Dinger sind ja gebaut«. Mehr Idiotie geht kaum.

Vor einer Zunahme des Kohlendioxidaustrisses nach dem sogenannten Atomausstieg warnt jetzt auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) unter der grünen Kerstin Andreae. Gegenüber der Rheinischen Post sagte sie, die Gefahr länger laufender Kohlekraftwerke nehme zu. Immerhin erspart ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 GW gegenüber einem Kohlekraftwerk mit 1 GW etwa 10 Millionen Tonnen CO₂.

Auf die paar Gigawatt Leistung aus den letzten drei Kernkraftwerken komme es jetzt auch nicht mehr an, meinte noch der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns RWE, Markus Krebber. In einem Interview sagte er vor kurzem: »In der gesamten europäischen Energieversorgung machen die gut vier Gigawatt Leistung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke keinen Unterschied«. Die Politik habe entschieden, dass Ende April abgeschaltet werde. »Wir setzen das nun um.«

Klar ist: An Kernkraftwerken haben die deutschen Energieversorger die Lust verloren, zu wild ging es hin und her, das ist schlecht fürs Geschäft, vor allem, da es sich bei Kernkraftwerken um große Industrieanlagen handelt, die man nicht eben nach Belieben ein- oder ausschalten kann wie einen Teekoher. RWE beispielsweise hat erkannt: Für Windräder gibt es so unfassbar viel Geld vom Staat, dann werden eben Windräder »noch und nöcher« (Claudia Kemfert) gebaut und daran wird prächtig zulasten der deutschen Stromverbraucher verdient. Für Krebber steht übrigens fest: Deutschland wird Energieimportland bleiben.

Die FDP-Bundestagsfraktion forderte, die letzten drei Kernkraftwerke noch mindestens ein Jahr in einem betriebsbereiten Zustand zu halten, damit sie wieder hochgefahren werden könnten. Dem hielt Habeck entgegen: »Wir setzen mit dem Atomausstieg um, was Union und FDP 2011 beschlossen haben.«

Fest steht: Noch nie hat ein Land freiwillig seine Energieversorgung abgeschaltet und zerstört. Das, was fremde Armeen zuerst in Feindesland tun, nämlich die Energieversorgung anzugreifen und lahmzulegen, erledigen „Grüne“ im eigenen Land. Nach dem politischen Geplänkel ist die Frage, wie schnell grüne Truppen die Kühltürme in die Luft sprengen wie dies Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann getan hat, als der letzte Block des Kernkraftwerkes Philippsburg abgeschaltet wurde. Es sollen so schnell wie möglich Fakten geschaffen und verbrannte Erde hinterlassen werden. Die Nachfahren der grünen zerstörerischen Hardcore-Ideologen sollen es möglichst schwer haben, wieder eine halbwegs funktionierende Energieversorgung aufzubauen. Sie träumen von Beschlüssen für die Ewigkeit, der Begriff »unumkehrbar« taucht nicht zuletzt deswegen so häufig auf. Doch unvorstellbar, dass ein Land auf Dauer auf die Nutzung einer der vier Naturkräfte verzichten kann.

Wobei – dies muss präzisiert werden –, es waren nicht nur die Grünen, sondern die CDU, die letztlich das Werk der Kernkraftwerksvernichter besorgt hat. Die Grundlagen für die Nutzung der Kernkraft wurden unter anderem 1955 gelegt, als das Bundesministerium für Atomfragen gegründet wurde, dem Vorläufer des Forschungsministeriums. Übrigens wollten seinerzeit auch die Sozialdemokraten Kernkraftwerke. Der Mensch solle sein Leben im atomaren Zeitalter erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle erschaffen, so schrieben sie 1959 in ihr Godesberger Programm, wenn er die Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzen.

Der Ausstieg hat allerdings viele Mütter und Väter. Bereits 1998 beschlossen die Grünen, in deren DNA »Atomkraft – nein, danke« angelegt ist, in einem Grundsatzpapier, die Kernkraftwerke sollen abgeschaltet werden. Im Jahr 2000 unterschrieb dann mit Gerhard Schröder als Chef der rot-grünen Bundesregierung ein anderer Sozialdemokrat die Ausstiegsvereinbarung mit den Stromerzeugern. 2008 dann wollte wieder eine Mehrheit, dass die Kernkraftwerke weiter betrieben werden. Der damalige CDU-Generalsekretär Pofalla bezeichnete die Atomkraft gar als »Ökoenergie«. Nicht nur die Kernkraftwerke, sondern auch die Kohlekraftwerke sollen gleich mit abgeschaltet werden – diesmal aus angeblichen Klimaschutzgründen. Am 3. Juli 2020 dann im Bundestag der Beschluss, die sogenannte Kohleverstromung zu verbieten, also die Verbrennung der Kohle in Kraftwerken, um Strom und teilweise Fernwärme zu erzeugen.

Dem stimmte übrigens SPD-Mann Michael Vassiliadis von der Gewerkschaft IG-Bergbau Chemie Energie zu; der saß mit in den entscheidenden Kommissionen und beschloss den Kohleausstieg mit. Vorteil: Er kann verhindern, dass rund 30.000 Gewerkschaftsmitglieder gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und für die Weiterverwendung der Braunkohle auf die Straßen gehen, wenn sie gemerkt haben, wie sehr sie angeschwindelt wurden. Jetzt fordert Vassiliadis massive Subventionen für zu teure Energie, noch mehr Windräder und plädiert massiv für die Illusion »Wasserstofftechnologie«.

Gepflastert war der Weg mit »Ethikkommissionen«. Die »Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung« sollte für Merkel den Atomausstieg rechtfertigen. Anlass: jener Tsunami, bei dem auch die japanische Kernkraftwerksanlage Fukushima beschädigt wurde.

Die drei verbliebenen Kernkraftwerke weisen eine elektrische Leistung von 4,5 GW auf. Die lieferten sie konstant ab, rund um die Uhr, mit einer hohen Verfügbarkeit. Allein das KKW Neckarwestheim liefert knapp 18 Prozent des Strombedarfes von Baden-Württemberg. Dieser Anteil soll wegfallen. Woher demnächst der Strom kommen soll, weiß in dem von Grünen und CDU regierten Baden-Württemberg niemand und hofft darauf, dass das Ausland genügend Strom liefert. Dort aber wird es auch knapp. Der gut funktionierende Block 1 des Kernkraftwerkes wurde bereits in aller Hast unmittelbar nach Fukushima abgeschaltet. Der gesamte Ort Neckarwestheim lebt übrigens nahezu vollständig von den Einnahmen durch das Kernkraftwerk.

Zusätzlich hat das Kernkraftwerk noch eine Bahnstromanlage, die rund 140 MW an die Bahn liefert. Und der fehlt es bereits jetzt mitunter an Strom, sodass schwere Güterzüge mit energiefressenden Elektrolokomotiven auf Abstellgleise geschickt werden müssen. Es ist eine gigantische Wertvernichtung, die Rot-Grün betreibt. Die Anlagen sind abgeschrieben und produzieren sehr preiswert Strom, Betreiber deutscher Kernkraftwerke fuhren hohe Gewinne ein.

Rund 8000 Volllaststunden in einem Jahr mit seinen 8760 Stunden liefert ein Kernkraftwerk seine Leistung – Windräder im Land nur rund 1800 Stunden pro Jahr. Das KKW Neckarwestheim 2 mit seiner Nennleistung von 1400 MW hat im Jahr 2021 11,2 TWh Strom erzeugt. Oder 11.200.000 MWh. Nach dem Landesumweltamt Baden-Württemberg hat Windkraft im Jahr 2020 insgesamt 2,95 TWh Strom erzeugt bei einer installierten Leistung von ca. 1650 MW im Netz von TransnetBW. Das Kernkraftwerk Neckarwestheim hat damit 3,8-mal so viel Strom geliefert wie rund 750 Windräder im Land.

Lustvoll Kraftwerke abschalten und gleichzeitig von mehr Wärmepumpen, Elektroautos und Verbot von Öl- und Gasheizungen zu träumen, ist eine denkbar schlechte Kombination. Mindestens 500.000 Wärmepumpen sollen gebaut werden – ein weiterer sensationeller Industrieerfolg von Herstellern Viessmann & Co. Wärmepumpen kommen allerdings auch vielfach von asiatischen Herstellern und benötigen erhebliche Mengen an Strom. Sogar den Beratern des Beratungsunternehmens McKinsey wird offenbar mulmig, sie warnen vor einer Versorgungslücke zu Spitzenlastzeiten, die von 4 GW im Jahr 2025 auf 30 GW 2030 ansteigt.

In vergleichsweise wenigen Jahren haben Ideologen ein Stromversorgungssystem, das in über 120 Jahren von klugen Ingenieuren aufgebaut wurde und ein Land mit preiswerter und immer verfügbarer Energie versorgten, zerstört. Damit haben Rot-Grün-Schwarz-Gelb Deutschlands Stromversorgung in eine fundamentale Krise gestürzt, und nur die wenigsten haben die volle Tragweite begriffen.

Keine Frage: Künftig wird auch Deutschland nicht darum herumkommen, weitere Kohlekraftwerke in Betrieb zu nehmen. Kohlebefeuerte Kraftwerke und eher weniger Kernkraftwerke sind weltweit auf dem Vormarsch. China mit seinem enormen Energiehunger zum Beispiel hat Kernkraftwerke mit lediglich 50 GW Leistung in den vergangenen 25 Jahren aufgebaut, im Jahr 2020 aber allein 40 GW an Kohlekraftwerkskapazität. Aus Russland ist in absehbarer Zeit kein preisgünstiges Erdgas mehr zu erwarten, von den vier Röhren Nord Stream 1 und 2 ist lediglich eine noch vorhanden. Reparaturen sollen möglich sein, sind aber unter den gegenwärtigen politischen Vorzeichen illusorisch. Die Mengen an verflüssigtem Erdgas (LNG) sind weltweit gering und zu teuer, um wesentliche Anteile an der Energieversorgung Deutschlands zu übernehmen.

Das trifft auch die chemische Industrie ins Mark, bei der Erdgas immer mehr das Rohöl als Rohstoff ersetzt. Statt wie bisher die Kohlenwasserstoffketten des Erdöls zu cracken, werden immer mehr Produkte aus den Kohlenwasserstoffmolekülen des Erdgases zusammengebaut. Synthetisieren anstelle von Cracken ist eine elegante Lösung in dem molekularen Legospiel bei BASF, Bayer und Co. Doch wenn Erdgas fehlt, fehlt nicht nur die Energiequelle, sondern auch der Rohstoff. Dass mit Windrädern und Photovoltaikanlagen fehlendes Öl, Gas oder Kohlekraft oder Kernkraft ersetzt werden kann, können nur Hardcore-Grüne glauben.

Nein, es passt nichts mehr zusammen. Da sind einstürzende Kraftwerke und Abschaltung der letzten drei

Kernkraftwerke nur der letzte Tropfen auf dem heißen Stein.

<https://eike-klima-energie.eu/2023/04/13/von-oekoenergie-durch-atomkraft-zur-unumkehrbaren-abschaltung/>

In der Ukraine ok, in Deutschland verboten: Wie die Regierung Kritik am AKW-Aus unterdrückt

Deutschland steigt aus der Atomenergie aus. Doch mit Atomkraftwerken in der Ukraine hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) kein Problem. Auf Nachfragen der Opposition reagiert das Umweltministerium patzig, wie ein Schreiben zeigt, das „Schuler! Fragen, was ist“ exklusiv vorliegt.

Deutschland steigt aus der Kernkraft aus. Basta. Nachfragen und Zweifel sind in den Augen der Bundesregierung nicht nur unerwünscht, sondern geradezu verboten. Und das gilt auch für die parlamentarische Opposition, wie es CDU-Mittelstandschefin Gitta Connemann dieser Tage schriftlich bekam.

Nachdem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) unlängst bei seinem Besuch in der Ukraine den Weiterbetrieb der dortigen Atomkraftwerke mit der flapsigen Bemerkung „die Dinger sind ja gebaut“ gerechtfertigt hatte, wollte die Wirtschaftsexpertin mit ihrer Anfrage 04/067 vom Kanzleramt wissen: „Was unterscheidet aus Sicht der Bundesregierung Kernkraftwerke in der Ukraine von denen in Deutschland, warum sollen diese sicherer sein bzw. weniger Atommüll produzieren als die in Deutschland?“

Keine Antworten auf renitente Fragen

Eine naheliegende und berechtigte Frage, schließlich sind die jetzt zur Abschaltung anstehenden AKW in Deutschland ja auch „gebaut“ und stehen anders als die Reaktoren in der Ukraine auch nicht unter feindlichem Beschuss durch russische Truppen. Doch die Antwort von Staatssekretär Christian Kühn (Grüne), die der Interview-Plattform Schuler! Fragen, was ist vorliegt, fiel denkbar dürr und abweisend aus. Motto: Ist so beschlossen, und auf renitente Fragen antworten wir einfach, was wir wollen.

Im O-Ton: „Mit dem Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität vom 22. April 2002 entschied der Gesetzgeber, die Risiken der Kernenergie neu zu bewerten. Der Gesetzgeber fasste den Entschluss, die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Elektrizitätserzeugung auf Grund der mit ihr verbundenen Risiken nur noch für einen begrenzten Zeitraum hinzunehmen und die gewerbliche Kernenergienutzung geordnet zu beenden. Aufgrund einer weiteren Neubewertung hat der Gesetzgeber den Zeitraum 2011 zusätzlich eingeschränkt. Für die Neubewertung der Risiken der Kernenergienutzung maßgeblich waren die seit Beginn der Nutzung der Kernkraft zur Elektrizitätserzeugung weltweit gewonnen Erkenntnisse insbesondere über den Betrieb von Atomkraftwerken und die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Im Übrigen achtet die Bundesregierung die Souveränität anderer Staaten in Fragen deren Energiemixes.“

Bloße Gedanken seien gesetzwidrig

Noch weiter geht Bundesumweltministerin Steffi Lemke, die im Interview mit dem Deutschlandfunk Überlegungen zu einem Weiterbetrieb der letzten Atomkraftwerke von Seiten der FDP schlichtweg „gesetzeswidrig“ nannte. Überlegungen wohlgermerkt. Denken sie nicht mal daran, soll das wohl heißen, obgleich nach einer neuen Umfrage der Deutschen Presseagentur (dpa) 65 Prozent der Deutschen gegen die Abschaltung sind.

Merke: Was zählen Mehrheitswille und Rechte der Opposition, wenn es um DAS Lebensthema der Grünen geht!

<https://pleiteticker.de/in-der-ukraine-ok-in-deutschland-verboten-wie-die-regierung-kritik-am-akw-aus-unterdrueckt/>

Atomausstieg: 49 Millionen Deutsche dagegen - doch Grüne schalten einfach ab

Um 23.45 Uhr geht am heutigen Samstag in Deutschland das letzte Atomkraftwerk vom Netz. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist und sogar über 40 Prozent den Neubau von AKWs befürworten. Doch vor allem die Grünen diktieren, was richtig zu sein hat.

Man stelle sich vor: Ein umweltbewusster Autofahrer, der aber zwingend auf sein Fahrzeug angewiesen ist, beschließt seinen Verbrenner gegen ein E-Auto einzutauschen. Allerdings kann er sich das erstens nicht leisten und zweitens beträgt die Lieferzeit für den Ersatz etliche Monate. Da meldet doch kein vernünftiger Mensch seinen aktuellen Pkw ab.

So fühlen sich die Deutschen im Augenblick: Nur einen Tag bevor im Nachbarland der letzte Atommeiler abgeschaltet wird, sprach der "Deutschlandtrend" der ARD am Freitag eine deutliche Sprache. Demnach sind aktuell 59 Prozent der Deutschen gegen den Ausstieg aus der Atomkraft. 49 Millionen Bundesbürger halten vor allem den Zeitpunkt für das Abschalten für denkbar ungünstig. Der aktuelle Ersatz kostet eine Vermögen, Alternativen lassen auf sich warten. Stattdessen verbrennen die Deutschen jetzt mehr schädliche Braunkohle denn je – Tendenz steigend. Sie verzichten auf bislang sichere Atomkraft und kaufen dafür Atomstrom im benachbarten Ausland auf. Man muss das nicht verstehen

41 Prozent sind sogar für Neubau von Atommeilern

So wie das auch der Großteil der Bevölkerung angesichts drohender Versorgungsengpässe in der Energiekrise nicht versteht und auch weite Teile der Politik rechts von Grünen und SPD dagegen sind. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat sich für eine Laufzeit des am heutigen Samstag stillgelegten Atomkraftwerks Isar 2 (Ohu) bei Landshut bis mindestens 2024 ausgesprochen: "Wir brauchen jedes Fitzelchen Energie", sagte der CSU-Politiker. 81 Prozent der Unionswähler und ebenso viele der AfD sprachen sich gegen den sofortigen Ausstieg aus.

Erstauslich: 41 Prozent der Deutschen sprachen sich Ende vergangenen Jahres sogar für den Bau weiterer Atommeiler aus, obwohl dies überhaupt nicht zur Debatte steht. Verantwortlich hierfür ist die Angst vor einem weiteren Anstieg der Energiepreise. Laut ARD-Deutschlandtrend machen sich 66 Prozent der Verbraucher große bis sehr große Sorgen durch die Wende hin zu den Erneuerbaren Energien.

Grünen-Minister Robert Habeck macht sich keine Sorgen.

<https://exxpress.at/atomausstieg-49-millionen-deutsche-dagegen-doch-gruene-schalten-einfach-ab/>



Videos, die man gesehen haben muss

Strom für 1500 Jahre! Neuer Thorium-Reaktor verbrennt Atommüll!

Die niederländische Firma Thorizon hat einen bahnbrechenden neuen, 100%ig sicheren Flüssigsalzreaktor entwickelt, der schon jetzt 50% und bald 100% des gesamten Atommülls, der aktuell bekannt ist, problemlos verbrennen kann! Und der Strom kostet umgerechnet mit 2-7ct pro Kilowattstunde, weniger als Solar und Windkraft.

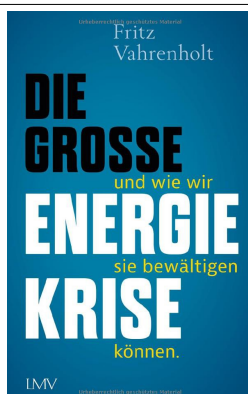
Das zeigt vor allem eines! Während Deutschland den Atomausstieg durchführte, haben nahezu alle anderen Länder Europas, aber auch auf der ganzen Welt daran gearbeitet, die Probleme der Atomkraft zu lösen, anstatt sie zu verbannen!

<https://www.youtube.com/watch?v=h3Ju7NnrZpc>

Ab heute geht's Licht aus

Mitten in der größten Energiekrise und Rekord-Strompreisen schaltet die Politik die letzten Atomkraftwerke ab. Das ist nichts anderes als Sabotage an Deutschland. Michael Mross im Gespräch mit Energie-Experte Robert Jungnischke.

<https://www.youtube.com/watch?v=Pl6MNdNBwfo>



Die große Energiekrise: ... und wie wir sie bewältigen können von Fritz Vahrenholt

Noch nie in der Geschichte des Industriezeitalters war Energie in Europa so knapp und teuer wie heute. Dabei wirkt der russische Einmarsch in der Ukraine nur als Katalysator, denn schon zuvor ließen Preisexplosionen an den Gas- und Strommärkten das Scheitern der Energiewende und des europäischen „Green Deals“ erkennen.

<https://amzn.to/3UE81vv>



Dunkelflaute: oder Warum Energie sich nicht wenden lässt

von Frank Hennig

Täglich werden wir mit Begriffen konfrontiert, die im Ergebnis einer als alternativlos gepriesenen Energiewende verwendet werden oder durch sie erst entstanden sind. Zunehmend gehen Bezeichnungen der allgemeinen Vergrünung in den Alltagsgebrauch über. Wissen wir immer, wie und worüber wir eigentlich reden? Wissen und Glauben bilden Denken und Meinung. Der Trend geht zum Glauben.

<https://amzn.to/3mBLbrV>



Atomkraft? Ja bitte!: Klimawandel und Energiekrise: Wie Kernkraft uns jetzt retten kann

von Anna Veronika Wendland

Der Kampf gegen die Erderwärmung ist die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert. In einer solchen Situation ist es unterlassene Hilfeleistung, eines der stärksten Instrumente zur CO2-Vermeidung zu zerstören - die Kernenergie.

<https://amzn.to/41xfuyD>



Lügen, die mir meine Regierung erzählte - und der Weg in eine bessere Zukunft

von Robert W. Malone

Als Medizinstudent und Doktorand erfand Robert Malone in den späten 1980er-Jahren als Erster die mRNA-Impfstofftechnologie. Damals konnte er sich nicht ansatzweise vorstellen, dass er einmal eine führende Rolle in einer Bewegung spielen würde, welche die Gefahren von mRNA-Impfstoffen aufdeckt. Milliarden von Menschen wurden sie verabreicht - ohne über die Risiken zu informieren.

<https://amzn.to/3A4u0Cn>

In meinen Rundbriefen fordere ich Dich auf auch die andere Seite zu hören, nicht nur auf das, was unsere Mainstreammedien täglich publizieren ... Der nächste Rundbrief kommt in ein paar Tagen!

Produktempfehlungen sind Affiliate Links mit denen du mein Projekt unterstützt, indem ich im Falle eines Kaufes eine kleine Provision erhalte, und das ohne Mehrkosten für dich :-)) Vielen Dank für deine Unterstützung. Danke für Dein Interesse und Deine Zeit!

Johannes H.

[SCHNITTPUNKT:2012]

Alle Rundbriefe jetzt auf: <https://t.me/schnittpunkt2012>

Alle Rundbriefe jetzt auf: <https://survival-scout.at>

Du kannst diesen Rundbrief jederzeit abbestellen unter: schnittpunkt2012@gmail.com